STADT WETZLAR

N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Ortsbeirat Nauborn
Sitzungsnummer	OB Nb/024/2014
Datum	Montag, den 20.01.2014
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	22:25 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal des Stadtteilbüros Nauborn, Schulgasse 7

Anwesend:

vom Gremium

Peter Pausch	Ortsvorsteher	SPD
Oswald Kunz	Stellv. Ortsvorsteher	FW
Jürgen Glaum	Ortsbeiratsmitglied	SPD
Sandra Ihne-Köneke	Ortsbeiratsmitglied	SPD
Uwe Lang	Ortsbeiratsmitglied	CDU
Michael Hundertmark	Ortsbeiratsmitglied	CDU
Friedhelm Block	Ortsbeiratsmitglied	Parteilos
Stefan Beckmann	Ortsbeiratsmitglied	FW

Entschuldigt fehlte

Achim Neul	Ortsbeiratsmitglied

Vom Magistrat
Oberbürgermeister Dette
Stadtrat Semler

Von der Verwaltung
Herr Heller, Leiter des Tiefbauamtes

Als Schriftführerin
Renate Pfeiffer-Scherf

Ferner waren anwesend
9 Zuhörer

OV Pausch eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und stellt nach Begrüßung der Anwesenden die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates sowie die form- und fristgerechte Zustellung der Einladung fest. Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, diese gilt damit in der folgenden Fassung.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung

2 Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2014

3 Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme " Teilweise Erneuerung der Gehwege in der Straße Henkelsberg in Nauborn"
Vorlage: 1653/13

4 Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme " Erneuerung des südlichen Gehwegs und der Beleuchtungseinrichtung in der Straße Zur Heide in Nauborn"
Vorlage: 1654/13

5 Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

zu 1 Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung

Die Niederschrift der 23. Sitzung vom 19.12.2013 wird durch einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates genehmigt.

Zur Niederschrift der 22. Sitzung vom 21.11.2013, TOP 2, bittet Herr Glaum nachträglich (wegen Abwesenheit in der Sitzung am 19.12.2013) um folgende Ergänzung zum Thema Asylunterkunft ehemaliges Hotel Stoppelberg im Kirschenwäldchen:

1. Der Ortsbeirat missbilligt die Vorgehensweise der Kreisverwaltung bei der Einrichtung der neuen Gemeinschaftsunterkunft am Kirschenwäldchen. Die dortigen Anwohner wurden im Vorhinein nicht über die Maßnahme informiert, was zu erheblichen Irritationen und - eigentlich vermeidbaren - Problemen führte.
2. Die Ortsbeiratsmitglieder bitten den Magistrat bei weiteren neuen Gemeinschaftsunterkünften im Bereich der Stadt Wetzlar unbedingt dafür Sorge zu tragen, dass die Anwohner frühzeitig und umfassend informiert werden; auch Ortsbeiräte sollten zukünftig davon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden.
3. Bei der Gemeinschaftsunterkunft Hotel Stoppelberg erachten wir angesichts der geringen Anzahl an Bewohnern des Kirschenwäldchens (248 Einw.) eine Begrenzung auf ca. 30 Flüchtlinge für angebracht und sinnvoll. Bei einem solchen zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Anwohnern und Flüchtlingen, lässt sich der wünschenswerte Erfolg von Integrationsmaßnahmen - nach unserer Ansicht - noch am ehesten erwarten.

Der Ergänzung der Niederschrift über die 22. Sitzung vom 21.11.2013 wird durch einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates zugestimmt.

zu 2 Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2014

OB Dette berichtet zunächst allgemein über die Haushaltssituation der Stadt Wetzlar. Anschließend wird die Übersicht über die im Haushaltsplanentwurf 2014 für Nauborn enthaltenen Haushaltsansätze erörtert.

Herr Beckmann erläutert einen Haushaltsantrag der FW und CDU Nauborn zur Herrichtung der Fassade des Feuerwehr-Gerätehauses. Es wird beantragt, die Fassade farblich den neu renovierten Gebäuden des Bürgerhauses und des Kindergartens anzugleichen. Außerdem soll auf der Frontseite des Gerätehauses, zur Straßenseite, das Nauborn-Wappen/Feuerwehr-Logo mit angebracht werden. Haushaltsmittel in Höhe von 6.000 €

seien hierfür in den Haushaltsplan 2014 einzustellen. Der Ortsbeirat stimmt dem Antrag der FW und CDU Nauborn mit 7 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Herr Glaum erläutert den Antrag der SPD, das Nauborner Bürgerhaus im Bühnenbereich mit einer (Einbau-)Leinwand und einem Beamer auszustatten und die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2014 aufzunehmen, was der Ortsbeirat durch einstimmigen Beschluss befürwortet.
OB Dette erklärt, dass der Eigenbetrieb Stadthallen für die Ausstattung des Bürgerhauses zuständig sei und dass er den Antrag dorthin weiterleiten werde.

Herr Glaum erinnert an die Sanierung der Fußgängertreppe Grundweg/Am Wingert (erstmals Anmeldung für den Haushalt 2008).

Herr Hundertmark bittet, bei den Sanierungsmaßnahmen der Straße Elsenbachpfad auf eine Deckenerneuerung zu achten.

Der Ortsbeirat stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2014 unter Berücksichtigung der vorstehenden Anträge und Hinweise mit 7Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

zu 3 Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme " Teilweise Erneuerung der Gehwege in der Straße Henkelsberg in Nauborn" Vorlage: 1653/13

Eingangs wird festgestellt, dass die Anlieger der Straßen „Henkelsberg“ und „Zur Heide“ (die nachfolgende Beratung betrifft gleichermaßen TOP 4 Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme „Erneuerung des südlichen Gehwegs und der Beleuchtungseinrichtung in der Straße zur Heide in Nauborn“) im Jahr 2010 vom Tiefbauamt schriftlich über die Baumaßnahme und den dafür anfallenden Straßenbeitrag informiert wurden. Den Anliegern wurde seinerzeit mitgeteilt, dass im Zuge der Erneuerung der Versorgungsleitungen durch die enwag mbH auch der Gehweg grundhaft erneuert werde. Für die von der enwag mbH in Anspruch genommenen Flächen werden die Erneuerungskosten von der enwag getragen. Die Kosten für die Restfläche des Gehweges sowie die Kosten für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung gehen zu Kosten der Stadt. Für den nicht anderweitig gedeckten Aufwand für Erneuerungsmaßnahmen erhebt die Stadt Wetzlar nach § 11 Hessisches Gesetz über kommunale Abgaben i. V. m. der Straßenbeitragssatzung der Stadt Wetzlar einen Straßenbeitrag. Nach § 4 der Straßenbeitragssatzung trage die Stadt einen Anteil am beitragsfähigen Aufwand. Das Tiefbauamt habe in dem damaligen Schreiben den Anliegern mitgeteilt, dass es sich bei den Straßen „Henkelsberg“ und „Zur Heide“ und deren Gehwegen um überwiegend dem innerörtlichen Verkehr bestimmte Straßen handele und der Anteil der Stadt somit 50 v. H. vom beitragsfähigen Aufwand betrage.
In einem neuen Schreiben im Dezember 2013 wurde nun den Anwohnern mitgeteilt, dass diese Straßen überwiegend dem Anliegerverkehr dienen und der städtische Anteil am beitragsfähigen Aufwand 25 v. H. betrage, demnach entfalle auf die Anlieger ein umlagefähiger Aufwand von 75 v. H.
Herr StR Semler bedauert das Schreiben des Magistrats so kurz vor Weihnachten. Dies war jedoch notwendig, da sonst eine Verjährung eingetreten wäre. Er erklärt nochmals, dass es sich bei den angesprochenen Straßen um Anliegerstraßen handele und somit der erhöhte Beitrag erhoben werden müsse. An Hand einer Skizze, auch im Vergleich mit einem anderen Stadtteil, stellt er die Sachlage dar und erklärt, dass es keine politischen Spielräume gebe, zu welchem Beitragssatz die Anlieger herangezogen werden.

Mitglieder des Ortsbeirates machen darauf aufmerksam, dass der Langenbergbereich zur Entlastung der Verkehrssituation der Nauborner Straße beiträgt. In den Stoßzeiten werden die Straßen des Langenbergbereichs durch Autofahrer (auch aus den Nachbargemeinden) genutzt.
Bei der im Jahr 2011 durchgeführten Messung des Autoaufkommens wird seitens des Ortsbeirates angezweifelt, dass diese in den Hauptnutzungszeiten stattfand.
Herr Heller, Leiter des Tiefbauamtes, erklärt hierzu, dass bei der durchgeführten Messung die Messzeit 24 Stunden betrug und dass diese an einem Wochentag stattfand. Er will dem Ortsbeirat die Zahlen der Messung zukommen lassen.
Die Sitzung wird um 20.35 Uhr unterbrochen.
Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 21.35 Uhr wird zunächst festgestellt, dass der Ortsbeirat als beratendes Gremium hätte gehört werden müssen.
Die Ortsbeiratsmitglieder kommen nach eingehender Diskussion und auf Vorschlag von Herrn Lang zu dem Entschluss, einen Initiativantrag zu stellen. Folgendem von Herrn Glaum formulierten Vorschlag stimmt der Ortsbeirat durch einstimmigen Beschluss zu:
Der Ortsbeirat fordert den Magistrat dazu auf, es bei den beiden Straßenbaumaßnahmen „Henkelsberg“ und „Zur Heide“ bei dem umlagefähigen Aufwand für die Anwohner der beiden Straßen bei den ursprünglich zugesagten 50 v. H. zu belassen. Auf den Anteil von 50 v. H., der den Bürgern ursprünglich mitgeteilt wurde, konnten die Bürger vom Jahr 2010 bis zum Dezember 2013 vertrauen. Bei einer gegenteiligen Entscheidung erscheint uns ansonsten nachvollziehbar, dass das Vertrauen der Bürger in ein ordentliches und vertrauenswürdiges Verwaltungshandeln verloren geht.

Zu den beiden Straßenbaumaßnahmen „Henkelsberg“ und „Zur Heide“ bittet Herr Hundertmark um Beantwortung folgender Fragen:
- Wann wurde die Maßnahme abgeschlossen?
- Sind seit dem Abschluss der Maßnahme die verlegten Erdleitungen aktiv?
- Wurden die Dachständer auf den Häusern entfernt?
- Sind die in den Anträgen dargestellten beitragsfähigen Aufwendungen um die Anteile der enwag bereinigt?
- Wann und wo wurde eine Verkehrszählung in diesem Bereich durchgeführt?
- Welche Ergebnisse brachte die Verkehrszählung hervor?

zu 4 Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme " Erneuerung des südlichen Gehwegs und der Beleuchtungseinrichtung in der Straße Zur Heide in Nauborn"
Vorlage: 1654/13

Siehe Beratung und Beschluss zu TOP 3

zu 5 Mitteilungen und Anfragen

a) OV Pausch gibt eine Mitteilung des Lahn-Dill-Kreises auf seine Anfrage hin bekannt, dass die Nutzung der Turnhalle der Wetzbachtalschule für außerschulische Zwecke nur für Hallensportarten durch Sportvereine möglich, ist, jedoch nicht für konzertante Veranstaltungen und andere Aktivitäten.

b) OV Pausch gibt folgende Informationen der Straßenverkehrsbehörde zu verschiedenen Verkehrsproblematiken in Nauborn bekannt:

Eulenflug

Die Messergebnisse liegen vor. Innerhalb des Zeitraums, in dem das Messgerät dort im Einsatz war (v. 06.12. - 13.12.2013) fuhren 46 Prozent der registrierten Fahrzeuge weniger als 30 km/h, 44 Prozent fuhren zwischen 31 und 40 km/h und 10 Prozent waren bis 50 km/h schnell. Lediglich maximal fünf Fahrzeuge waren mit unerheblich höherer Geschwindigkeit als 50 km/h unterwegs, wovon höchstens drei schneller als 59 km/h fuhren und damit sich im Bereich der zu ahndenden Geschwindigkeitsübertretungen bewegten. Die erlaubte Höchstgeschwindigkeit in diesem Bereich ist 50 km/h. Dieses Ergebnis der Häufigkeitsauswertung stellt keine Auffälligkeiten dar, die zwingend einen Handlungsauftrag rechtfertigen würden. Darüber besteht auch Einvernehmen in der Verkehrskoordinationsrunde.

Elsenbachpfad

Durch die Ordnungspolizei wurden Mitte Dezember im genannten Bereich mehrere Kontrollen durchgeführt. Dabei kam es lediglich zu einer einzigen Verwarnung. Offensichtlich hat der Betroffene daraus gelernt, denn dieses Fahrzeug wurde bei den Nachkontrollen dort nicht mehr vorgefunden. Es liegen auch keine weiteren Hinweise - auch nicht von der Stadtreinigung Wetzlar (Müllfahrzeuge), auf Probleme durch Falschparker - vor. Ein beschildertes Haltverbot gibt es im zur Rede stehenden Bereich nicht, jedoch erklären sich auch anderweitig Haltverbote durch bestehende Regelungen gem. der StVO, wonach es beispielsweise auch nicht erlaubt ist, im Kurvenbereich zu parken.

Haltestelle Gänsweide

Hier hat sich die Ordnungspolizei ein Bild von der Situation vor Ort gemacht und dabei auch mit den Busfahrern der Schulbusse gesprochen. Für die Busfahrer wurden die Abläufe zumindest nicht dergestalt wahrgenommen, als das dies zu Hinweisen oder Beschwerden geführt hätte. Gerade solche Hinweise durch den ÖPNV sind in der Regel ein ernstzunehmender Indikator für mögliche Missstände. Das zum Zeitpunkt des Bringens und Holens der Kinder durch ihre Eltern und die damit verbundenen Fahrbewegungen und Parkvorgänge die Situation im Bereich der Haltestelle angespannt ist, wird nicht in Abrede gestellt. Dies ist ein Auswuchs der zunehmenden Mobilität und damit verbundenen Bequemlichkeit. Selbstverständlich darf dies nicht dazu führen, dass die Verkehrssicherheit darunter leitet. Die Kontrollen der Ordnungspolizei konzentrieren sich deshalb auch immer wieder auf Bereiche vor Schulen und Kindertagesstätten, wo diese Abläufe zum Alltag gehören.

c) OV Pausch teilt mit, dass die Beschilderung des Rundweges in Bearbeitung ist.

d) OV Pausch informiert aus dem initiierten „runden Tisch“ zur Situation des Asylbewohnerheims im Kirschenwäldchen, dass es eine Vielzahl von Angeboten von Seiten der Bevölkerung, z. B. Deutschkurs oder Strickkurs, gebe. Herr Hundertmark bittet um mehr Informationen. Herr Pausch sagt zu, das Protokoll der letzten Zusammenkunft des runden Tisches zur Verfügung zu stellen. Frau Ihne-Köneke erläutert, dass sich der runde Tisch aus Betroffenen und Amtsträgern zusammensetze (ca 25 Personen).

Herr Pausch gibt auf die Anfrage bezüglich der Verpachtung des Parkplatzes Festplatz folgende Auskunft:
Die Stadt Wetzlar (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) hat der Firma KBS für die Zeit der Breitbandverlegung eine größere Fläche des Festplatzes zur Lagerung von Arbeitsmaterialien zur Verfügung gestellt.

Zwischenzeitlich wurde der Zugang zu den Tennisplätzen neu geregelt, so dass keine Beanstandungen mehr vorliegen.

Peter Pausch	Renate Pfeiffer-Scherf
Ortsvorsteher	Schriftführerin